D-04 Dringlichkeitsantrag: Verantwortung in dieser Zeit

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	09.11.2024
Tagesordnungspunkt:	D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

Mit dem Koalitionsausschuss am 6. November ist die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP frühzeitig an ihr Ende gelangt. Nun stellt sich unser Land auf Neuwahlen ein.

Bündnis 90/Die Grünen waren nach der Bundestagswahl 2021 bereit, Verantwortung auch in einer neuen und absehbar schwierigen Konstellation zu übernehmen. Diese Koalition war von Anfang an ein Bündnis mit sehr unterschiedlichen Weltanschauungen. Sie hat aber – so wie es die Pflicht einer Regierung und die Aufgabe von Demokraten ist – in den letzten knapp drei Jahren immer wieder zueinandergefunden. Es wäre auch jetzt möglich gewesen, Lösungen zu finden – aus Verantwortung für unser Land. Wir haben bis zum Schluss konstruktive Vorschläge im Interesse der Stabilität und des Zusammenhalts gemacht, wie man die Lücke des Haushaltsentwurfs realistisch schließen kann, ohne den Klimaschutz, den sozialen Zusammenhalt, die Wirtschaft oder die Sicherheit und Freiheit in Europa zu gefährden. Wir waren dazu bereit, auch über den eigenen Schatten zu springen. Andere waren das nicht. Christian Lindner und die FDP haben ihre Verantwortung aus parteitaktischen Gründen weggeworfen.

Die letzten drei Jahren waren geprägt von extrem herausfordernden Umständen, insbesondere in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine: die Bewältigung der Energiekrise, der Einsatz für Frieden durch die notwendige Unterstützung der Ukraine und ein Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik – all das hat diese Koalition genauso gefordert wie unsere Gesellschaft, die ihren Umgang mit dieser „Zeitenwende“ noch immer sucht. Gleichzeitig sind wir als Land durch verschiedene Krisen besser gegangen, als viele gedacht hätten. Das Land, die Gesellschaft, die vielen Menschen und Unternehmen haben uns beeindruckt, mit Solidarität und Pragmatismus. Für uns als Teil einer Regierung hieß das, in kurzer Zeit sehr weitreichende Entscheidungen zu treffen – in der Verantwortung für Frieden, Wirtschaft und Stabilität. Dazu gehörten Kompromisse, die auch an unsere Schmerzgrenzen gingen – die wir aber eingegangen sind aus Verantwortung für das Ganze. Weil wir der festen Überzeugung waren und sind, dass dies die Konsequenz davon ist, die Wirklichkeit mitzugestalten.

Zugleich haben wir in den drei Jahren Regierungsbeteiligung viel erreicht, für das wir Grüne lange Jahre gekämpft haben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt im Rekordtempo. Unser Strom wird sauber und immer günstiger. Wir haben beim Klimaschutz eine neue Dynamik erreicht, so dass wir erstmals die Klimaziele 2030 erreichen können. Wir haben das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz geschaffen, die größte Naturschutz-Offensive, die es in Deutschland je gab. Und wir haben nach langen Jahren der Untätigkeit mit Reformen für mehr wirtschaftliche Dynamik gesorgt: Planungsbeschleunigung und Bürokratieabbau, Fachkräftezuwanderung und Förderung von Beschäftigung, Verbesserungen für Start-Ups und Modernisierung der Industrie.

Wir haben unser Land sozial gerechter gemacht – mit Milliarden für ein Startchancenprogramm an Schulen in unserem Land, mit der größten BAFöG-Reform der letzten Jahrzehnte, mit einem höheren Mindestlohn, einer Reform des Bürgergeldes, und nicht zuletzt dem 49-Euro-Ticket.

Wir haben das Land liberaler gemacht - mit dem Selbstbestimmungsgesetz, einer Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, einem modernen Einwanderungsgesetz und der Reform des Paragraphen 219a zur Frage der Information beim Abbruch von Schwangerschaften.

Wir haben in diesen drei Jahren nachgeholt, was in Deutschland teils über Jahrzehnte versäumt wurde. Aber die Weltlage, die Klimakrise und die wirtschaftliche Stagnation zwingen Deutschland und Europa, sich weiter mutig zu modernisieren. Unser Land steht vor der Aufgabe, die derzeitige Unsicherheit in eine neue Selbstvergewisserung zu verwandeln. Wir stehen jetzt an dem Punkt, an dem unser Land und Europa die Kraft, die es hat, nach vorne wenden muss. Nicht zurück. Nicht ängstlich im Status Quo verharrend. Sondern von der Zukunft geleitet.

Wir sind bereit, dem Land ein Angebot für eine Zeit nach der Koalition aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und der FDP zu machen. Ein Angebot, das die Erfolge der letzten Jahre anerkennt und würdigt und aufzeigt, worauf es jetzt ankommt: Kurs halten beim Klimaschutz, nicht abwickeln. Spürbar die Gerechtigkeit stärken, damit das Leben bezahlbar ist. Freiheit und Frieden verteidigen. Handeln mit Gemeinsinn, Zukunftsmut und Zuversicht.

In einer Zeit, in der so viele die Verheißung im Gestern suchen, halten wir Kurs. Wir treten an mit dem Versprechen, weiterhin konsequent für den nötigen Wandel einzutreten. Für Klimaschutz als Motor von Innovation und guten Jobs. Für einen Weg, der sozial gerecht ist und auf die Innovationskraft und Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen, der Kommunen setzt. Der auf die Kraft unseres Landes setzt. Dabei sehen wir die Suche nach Orientierung und Zuversicht, die unsere durch Krisen und Kriege verunsicherte Gesellschaft durchzieht. Seien wir die Kraft, die diese Orientierung gibt. Seien wir in hoffnungsarmen Zeiten der Hoffnungsort für alle, die daran glauben, dass es besser werden kann und besser werden wird.

Wir wollen mehr tun, um die Kraft unserer Wirtschaft wieder zu entfalten. Nur als wirtschaftlich prosperierendes Land, das bei den wichtige Zukunftstechnologien dabei ist, kann Deutschland sich den autokratischen Bestrebungen entgegenstellen. Und zugleich ist wirtschaftlicher Wohlstand eine entscheidende Voraussetzung für die soziale Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger und damit auch für den demokratischen Zusammenhalt. Unser Land steckt nun aber seit zwei Jahren in einer wirtschaftlichen Schwächephase, die auch strukturelle Gründe hat. Dazu zählen die hohe Abhängigkeit von russischer Energie, die CDU, CSU und SPD gemeinsam zu verantworten haben und die Deutschland noch immer teuer bezahlt. Dazu zählt auch ein jahrzehntelanger Investitionsstau bei der Infrastruktur und Digitalisierung, zu langsame und komplexe Verfahren, die unsere Wirtschaft hemmen. Deshalb müssen wir Deutschlands Potential neu entfesseln. Wir wollen die Innovationskraft unseres Landes stärken. Wir brauchen mehr Arbeitskräfte durch Qualifizierung, einer besseren Vereinbarung von Familie und Arbeit, und Zuwanderung. Wir forcieren den Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung und Vereinfachung von Prozessen, auch mit Praxischecks. Wir

schaffen langfristig sichere und günstige Energie. Wir werben entschieden für eine Stärkung von öffentlichen wie privaten Investitionen. Es braucht beides: Strukturreformen und mehr Investitionen. Diese dürfen nicht länger scheitern an zu engen Regeln der Schuldenbremse, die von den allermeisten Ökonomen längst in Frage gestellt werden.

Für uns ist dabei klar, dass es fatal wäre, wenn Deutschland und Europa nun ihre Anstrengungen beim Klimaschutz reduzieren würden. Die klimatische Realität, die langfristige Sicherung unseres Wohlstands und unserer Freiheit erfordern das Gegenteil. Mit der Wahl von Donald Trump drohen die USA, sich erneut vom Klimaschutz abzuwenden. Dies wäre noch einmal Wasser auf die Mühlen jener, die auch hier in Europa die Gefahren der Klimakrise unterschätzen oder gar leugnen. Wir werden uns vom Populismus nicht von der Realität abbringen lassen. Und die Realität heißt, dass die Klimakrise bereits jetzt dramatische Auswirkungen hat und unverzügliches, entschiedenes Handeln erforderlich ist, wenn wir ihre Konsequenzen noch menschlich beherrschbar halten wollen. Deshalb lassen wir in unseren Ambitionen nicht nach, ganz im Gegenteil. In allen Bereichen und vor allem in jenem, der bislang viel zu wenig zur Erreichung der Klimaziele beiträgt – der Verkehr – wollen wir auf Kurs kommen. Es geht um nicht weniger als die Freiheitschancen und -rechte unserer Kinder und Enkel.

Wir stehen erst am Anfang der Aufgabe, eine Erneuerungspolitik so gerecht und gemeinschaftlich zu organisieren, dass die notwendigen Reformen nicht als weitere Erschütterungen wahrgenommen werden. Wir nehmen die tiefen Verlusterfahrungen von Corona, Inflation, materiellen Sorgen um Wohnraum und Ängsten vor Terror und Krieg ernst. Der Verunsicherung unserer Gesellschaft wollen wir mit großem Verständnis und großer Entschlossenheit zugleich begegnen. In einer Welt der Zumutungen ist es die Aufgabe von Politik, diese Zumutungen abzufedern und Lasten gerecht zu verteilen.

Unsere Gesellschaft droht, den Zusammenhalt zu verlieren. Wir stemmen uns der wachsenden Ungleichheit entgegen. Wir akzeptieren nicht, dass gleichzeitig die Vermögen der einen steigen und die anderen immer häufiger und tiefer in den Dispokredit gezwungen sind. Wir akzeptieren nicht, dass die Chancen von Kindern und Jugendlichen, ihre Träume und Ziele zu verwirklichen, geringer sind als vor 30 Jahren.

Wir wollen, dass kleine Mädchen mit dem Selbstverständnis aufwachsen können, dass sie dieselben Chancen und Rechte im Leben haben wie ihre Brüder oder Freunde. Wir stehen dafür, dass in diesem Land jede Person selbst ihren Lebensweg, ihre Träume und ihre Identität bestimmen kann, dass jeder Mensch ohne Diskriminierung lebt und liebt. Dabei sind die Grenzen immer die Freiheit der anderen und unser Grundgesetz.

Wir leben in einem Land, das schon immer durch Zuwanderung geprägt wurde. Die Vielfalt unserer Biographien ist ein Reichtum unserer Gesellschaft. Wir sind die Partei, die sich konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung stellt und für ein modernes Einwanderungsland steht.

Mut zu notwendigen Reformen, Bürgernähe und Gerechtigkeit wollen wir zusammenbringen, um als Demokratie in der Lage zu sein in den Krisen dieser Zeit zu bestehen. Wir wollen den Menschen Antworten geben, wie Wohnen und Mobilität bezahlbar bleiben, wie das Bildungssystem wieder besser funktioniert, wie ihre Arbeitsplätze sicher bleiben. Leitstern ist für uns der erste Satz in unserem

grünen Grundsatzprogramm: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Freiheit und seiner Würde“.

Freiheit und Würde sind auch der Maßstab für unsere Friedenspolitik mit Blick auf die Ukraine und die Sicherung der Souveränität Europas als Union gegenüber den autokratischen Bedrohungen von außen wie von innen. Spätestens die Wiederwahl von Donald Trump setzt Verteidigungsfähigkeit und die Bereitschaft mehr in die Souveränität Europas zu investieren, an die Spitze der politischen Prioritäten für die kommenden Jahre. Die Zeitenwende im Militärischen, im Zivil- und Katastrophenschutz sowie bei der inneren Sicherheit muss fortgeführt und verstärkt werden. Wir müssen auch unser diplomatisches, entwicklungs- und handelspolitisches Engagement erhöhen.

Wir müssen die Europäische Souveränität und Verantwortung stärken. Es ist im höchsten deutschen Interesse, dass Europas Einigung weiter geht, dass ein vereintes Europa gemeinsam in seine Zukunft investiert. Nur ein starkes Europa wird in der Welt gehört und kann seine Interessen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen durchsetzen. In den kommenden Jahren darf „German Vote“ kein Synonym mehr sein für deutsche Alleingänge in Europa. Und so, wie wir als Grüne immer wieder an die Grenzen unseres Selbstverständnisses gegangen sind, um Kompromisse zu ermöglichen - etwas beim Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) –, so werden wir in den kommenden Jahren die Handlungsfähigkeit im europäischen Bündnis gegenüber unseren globalen Partnern und Bedrohungen noch deutlich wichtiger nehmen müssen als bisher.

Dieses Verständnis von Verantwortung von Demokraten in einer vernetzten aber zugleich komplexen und von Eigeninteressen bestimmten Welt, kann nur erfolgreich sein, wenn wir bündnisfähig sind, so wie es in unserer Partei schon im Namen angelegt ist. Wir vertrauen auf das Engagement und die Ideen der Vielen und die Stärke unserer gemeinsamen demokratischen Institutionen. So, wie wir innerhalb der Partei zur Verbindung bereit sind und das Bündnis mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteuren suchen, so sind wir auch zu (Regierungs-)Bündnissen mit allen gesellschaftlichen Gruppen im Land, der Zivilgesellschaft und mit den anderen demokratischen Parteien bereit, um gemeinsame Kraft für unser Land und seine Freiheit aufzunehmen, um es voranzubringen. Mit diesem Selbstverständnis gehen wir in den jetzt bevorstehenden, kurzen Wahlkampf.

Wir werden dazu noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein prägnantes und zugespitztes Wahlprogramm vorlegen und auf dem nächsten Bundesparteitag beschließen. Dabei werden wir nach Innen und Außen zuhören, damit sich so viele Stimmen wie möglich im Ergebnis wiederfinden.

Der Wahlkampf ist eine Chance, zu zeigen, was in uns steckt. Keine Partei hat so engagierte Mitglieder wie wir. Jeden Tag werden wir mehr. Und selten war das Bewusstsein der Menschen für die Herausforderungen dieser Zeit so klar. Nutzen wir diese Chance, um die Kraft der Menschen in die Zukunftskraft unsers Landes zu übersetzen. In Verantwortung für diese Zeit.

Dieser Antrag ist Ausdruck des gemeinsamen Verständnisses von Robert Habeck, Annalena Baerbock, Katharina Dröge, Britta Haßelmann, Ricarda Lang, Omid Nouripour, Franziska Brantner und Felix Banaszak.

Begründung der Dringlichkeit

Mit dem Ende der Ampel-Koalition am 6. November 2024, und damit nach Ablauf der Frist für Änderungsanträge, hat sich die politische Lage grundlegend verändert. Die BDK ist Chance und Notwendigkeit für uns zum Aufbruch in dieses Neuwahlszenario. Dazu dient dieser Antrag.